



Diskussionrunde: Monika Kammeier, Vorsitzende MIT, Reiner Daams, Referatsleiter Staatsaufsicht NRW, Barak, Holger Nolte (CDU), Baudezernent Gregor Moss und Jens Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen).

Strategie für eine wachsende Stadt

Pläne: Bielefeld wächst und braucht mehr Wohnraum. Während neue Siedlungen in Brake oder am Campus diskutiert werden, wachsen die Sorgen der Bürger

Von **Andreas Rolés**

■ **Bielefeld.** Bielefeld wächst. Das Landesbauministerium veröffentlichte jüngst Zahlen, nach denen die Stadt sogar die am stärksten wachsende Metropole in NRW ist. Jahrelang sind Experten von einer schrumpfenden Stadt ausgegangen. Entsprechend ausgerichtet war die Stadtentwicklung. Als oberstes Gebot galt die Verdichtung innerstädtischer Freiflächen, um möglichst viel Natur am Rande zu erhalten. Das Ergebnis: Die Innenstadt ist so dicht bebaut, dass laut Baudezernent Gregor Moss inzwischen täglich eine Klage gegen Neubaupläne eingeht.

Die Herausforderung

Der Zuzug von Pendlern, Studenten, Flüchtlingen und Einwanderern zwingt Städteplaner zum Umdenken. Eine Stadt, die wächst, braucht mehr Wohnungen und mehr Arbeitsplätze – also mehr Platz. Moss geht von 700 Hektar zusätzlich benötigtes Bauland für Wohn- und Gewerbeflächen aus. Das ist in etwa die Fläche von Gadderbaum. Für Moss ist klar: „Wir müssen das Ventil öffnen und dazu übergehen, einen neuen Stadtteil zu planen.“ Ein kühner Satz. Der Baudezernent wiederholt ihn seit Wochen – auch während einer Veranstaltung, zu der die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU ins Technische Rathaus eingeladen hat. „Bielefeld wächst – was nun?“, lautet der Titel.

Ideen und Sorgen

Zur Diskussion gekommen sind rund 100 Bürger und die Ratsherren Jens Julkowski-Keppler (Grüne) und Holger Nolte (CDU), die zusammen mit Moss und Reiner Daams, Referatsleiter im Bauministerium, im Podium sitzen. Die Ideen sind schnell auf dem Tisch: Ein neues Quartier am Campus Richtung Babenhausen und Großdornberg wird genannt. Ein Viertel, in dem ein Mix aus Wohnen, Arbeiten und Forschung entstehen soll. Die anwesenden Bürger wollen wissen, wie so ein Stadtteil verkehrstechnisch

angebunden werden soll. Die Angst vor einer mehrspurigen Nordumgehung quer durch den Bielefelder Westen beunruhigt die Gäste.

Moss reagiert auf die Frage empfindlich: „Von einer Nordtangente hat bisher – außer effekthaschenden Medien – niemand gesprochen“, sagt er barsch. Außerdem sei die StraÙe aus dem Landesentwicklungsplan längst rausgenommen worden. Julkowski-Keppler sieht das anders. „Die Diskussion über die Nordumgehung wird kommen. Das kann man nicht einfach so zur Seite stellen.“ Wichtig sei von Anfang an, die Karten offen auf den Tisch zu legen und den Mut zu haben, zu den Entscheidungen zu stehen, mahnt der Ratsmann. Das gelte auch für den Marktplatz Schildesche, auf dem gegen Protest von Anliegern und Stadteilbewohnern Sozialbauwohnungen gebaut werden sollen. „Wenn man für Flüchtlinge Wohnungen bauen will, die gut angebunden sind, ist das der richtige Platz“, sagt der Praktikschef der Grünen und bekommt dafür Applaus.

Neubaugelbiete

Die Grünen beschlossen Anfang des Jahres eine Kehrtwende ihrer Politik. Aufgrund der steigenden Einwohnerzahl sind sie nun auch der Meinung, dass das Platzproblem mit einer weiteren Innenstadtdverdichtung nicht zu lösen sei. „Wir müssen in die Fläche gehen und neu bauen“, betont Julkowski-Keppler. Möglichkeiten dafür sieht er entlang der Straßenbahnlinien: Altenhagen, Senne und Sennestadt sowie an der Uni, sogar das bisher von den Grünen abgelehnte Baugelbiet Brake West müsse nun überdacht werden.

Die CDU fordert das seit Jahren. Nur dürfe in Brake kein Wohnbaugebiet für Sozialschwache entstehen, während am Campus sich die Eliten ansiedeln. Moss: „Der Schwerpunkt auf den geförderten Wohnungsbau in Mitte und im Osten der Stadt kann so nicht weitergehen.“

Holger Nolte machte deutlich, dass die Entscheidungsprozesse nicht schnell genug gehen. „Aus meiner Sicht sind da immer noch zu viele Brem-

sen im Spiel.“ Bielefelds Leerstandsquote liege bei 0,1 Prozent. Das sei nicht mehr gesund. Auch er will dort Wohnflächen neu schaffen, wo Stadtbahnbindungen schon vorhanden sind. Um die Siedlung rund um den Campus zu entwickeln, wünscht sich Julkowski-Keppler den Lockenschluss und die Anbindung vom Campus an die Linie Babenhausen Süd.

Militärflächen

Nach dem Abzug der Briten werden 43 Hektar brachliegende ehemalige Militärflächen frei, sogenannte Konversionsflächen. Aktuell läuft ein breit angelegter Beteiligungsprozess mit Bürgern, Politikern und Verwaltung, um einen Plan für die Nutzung der Flächen und Gebäude zu entwickeln.

Entwicklungskonzept Altenhagen

In seiner Sitzung im September 2012 hat der Rat der Stadt das städtebauliche Entwicklungskonzept für den Ortsteil südlich des Autobahnkreuzes Ostwestfalen/Lippe beschlossen. Inzwischen ist die Stadtbahnlinie 2 von Milse nach Altenhagen verlängert worden. Das Konzept soll unter anderem die wohnortnahe Grundversorgung der Einwohner in Altenhagen-Ost sichern und verbessern. Außerdem soll es den Einwohnern einen Einkauf zu Fuß ermöglichen. Perspektivisch sieht das Konzept an der Kalkstraße ein bislang fehlendes kleines Orts- und Versorgungszentrum vor. Bäcker, Friseur, Hofladen und Sparkassenfiliale gibt es nebetan.



Flächenentwicklung und Flächenverbrauch

• **Wohnbauflächen**
Von 2005 bis heute hat die Stadt laut Baudezernent Gregor Moss 206 Hektar neues Bauland ausgewiesen. 82 Hektar davon entstammen sogenannten Freiflächen, also der Natur. Alle anderen Grundstücke, etwa Sonderbau- oder Gewerbeflächen, sind umgewandelt worden. Umgekehrt habe

die Stadt als Ausgleichsflächen an anderer Stelle wieder Naturflächen geschaffen. Laut Moss sind 46 Hektar wieder zurück in Freiflächen umgewandelt worden.

• **Gewerbeflächen**
Seit 2005 sind 119 Hektar neu ausgewiesen worden. Dazu gehören das Gebiet

Niedermeyers Hof in Oldentrup und das Hellfeld in Altenhagen. 100 Hektar davon waren zuvor Freiflächen. Umgekehrt wurden aus Gewerbeflächen aber auch wieder Naturflächen, insgesamt 209 Hektar sind wieder in Grünflächen umgewandelt worden, 105 Hektar davon gingen an die Landwirtschaft.